

## "Frankreich lehnt die EVG ab" in Le Soir (1. September 1954)

**Legende:** Am 1. September 1954 kommentiert die belgische Tageszeitung Le Soir die Reaktionen Paul Henri Spaaks auf das Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG).

**Quelle:** Le Soir. 01.09.1954, n° 243; 68e année. Bruxelles: S.A. Rossel. "La France rejette la CED", p. 1.

**Urheberrecht:** (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

**URL:**

[http://www.cvce.eu/obj/frankreich\\_lehnt\\_die\\_ev\\_g\\_ab\\_in\\_le\\_soir\\_1\\_september\\_1954-de-225e726e-5a1e-449b-8ee5-765d3c15933a.html](http://www.cvce.eu/obj/frankreich_lehnt_die_ev_g_ab_in_le_soir_1_september_1954-de-225e726e-5a1e-449b-8ee5-765d3c15933a.html)



**Publication date:** 06/07/2016

## Frankreich lehnt die EVG ab

### Erklärungen von Paul-Henri Spaak

Bei seiner Ankunft am Dienstagnachmittag in der Rue de la Loi kommentierte der Außenminister Spaak auf Fragen von Journalisten die Abstimmung in der französischen Nationalversammlung am Montag, die bekanntlich zur Ablehnung der EVG führte.

Dies sei ein bedeutendes Ereignis, unterstrich der Minister, die Abstimmung der französischen Nationalversammlung habe in der europäischen Weltpolitik große Verwirrung gestiftet.

Es sei jedoch ratsam, nicht zu polemisieren, Ruhe zu bewahren und an die Zukunft zu denken. Denn man werde etwas Neues aufbauen müssen. Derzeit sei nicht abzusehen, welche Richtung man einschlagen werde.

Ganz offensichtlich, fuhr der Minister fort, regele die Entscheidung der französischen Nationalversammlung gar nichts. Sie drücke lediglich Ablehnung aus, sei in der größten Verwirrung gefällt worden und lasse keine tiefer liegende Politik erkennen. Gerade sei angekündigt worden, dass Reynaud interpellieren werde. Dies könne den Premierminister dazu bewegen, sich über die Zukunft zu äußern.

Die Entscheidung umfasste zwei Probleme: das der europäischen Integration und das der Wiederbewaffnung Deutschlands. In Bezug auf das erste Problem lasse sich sagen, so Spaak, dass es notwendig sein werde, den gegenwärtigen Stand der Dinge zu überprüfen und von neuen Ansatzpunkten auszugehen. „Der europäische Gedanke wie auch die atlantische Idee befinden sich derzeit in einer Krise. Es ist jedoch zu bedenken, dass die EVG, die sich durch die Sachlage aufzwang, eher ein Hindernis bei der Gründung eines geeinten Europas war.

Wären dieses Zwänge nicht gewesen, hätten wir uns sicherlich zunächst auf anderen Gebieten um die Integration bemüht.“

Grundsätzlich besteht für Spaak zunächst kein Interesse an einem Treffen zu sechst, zu acht usw. Er betont jedoch, dass die NATO regelmäßig ihre Ansicht bekräftigt habe, dass die EVG eine notwendige Einrichtung sei. Dies könnte rechtfertigen, dass die vierzehn in der NATO vertretenen Mächte sich der Frage annehmen.

Der Minister weist darauf hin, dass er in Kürze Gelegenheit haben werde, den Ausschüssen des Senats und der Nationalversammlung Bericht zu erstatten. Zu diesem Anlass beabsichtige er, eine Analyse der von Mendès-France unterbreiteten Vorschläge vorzulegen, die aufzeigen soll, in welchem Maße die Fünf Verständnis für die Haltung Frankreichs gezeigt haben und zu Zugeständnissen bereit waren.

Zwar steht die Wiederherstellung der Souveränität Deutschlands fest, die Wiederbewaffnung Deutschlands stellt aber weiterhin ein heikles Problem dar, obgleich Experten versichern, dass sie unerlässlich ist. Im Augenblick haben die Politiker noch keine neue Lösung gefunden und sind weiter auf der Suche. Man muss ihnen dabei wohl Zeit lassen.

Nachdem die EVG nun abgelehnt wurde, kommt einem als erste Lösung die Eingliederung Deutschlands in die NATO in den Sinn. Ist das machbar? Ist das möglich? Dies hängt zum großen Teil von Frankreich ab.

Als Antwort auf eine Frage gibt Spaak zu, dass das, was in Paris geschehen ist, einen großartigen Sieg der sowjetischen Diplomatie darstelle. Zwar könne man das Ende des Krieges in Indochina begrüßen, man müsse jedoch anerkennen, dass die Ergebnisse der Genfer Konferenz ebenfalls ein Sieg der Kommunisten seien.

Es stellt sich die Frage, ob die derzeitige Lage der Dinge eine gute Methode zur Vorbereitung einer Konferenz mit der Sowjetunion ist, auf der diese Zugeständnisse machen soll.

Der Minister fügt hinzu, dass die EVG ein grundlegender Bestandteil der westlichen Verteidigung sein sollte, jedoch auch ein Meilenstein auf dem Weg der europäischen Integration. In gewisser Hinsicht sei es

schwierig, gleichzeitig die europäische Integration voranzutreiben und ein Verteidigungsbündnis zu schaffen. Man habe sich jedoch mit der Notwendigkeit konfrontiert gesehen, die Verteidigung Europas unter Einbindung deutscher Streitkräfte zu organisieren, was auch von Militärexperten als notwendig angesehen worden war. Wenn die Verteidigung nicht von fundamentalem Interesse gewesen wäre, hätte man das eigentliche Problem der politischen und wirtschaftlichen Ordnung Europas systematischer in Angriff nehmen können.

Da derzeit keine Rede mehr von der EVG ist, können die beiden Probleme nun getrennt behandelt werden, und die Verfechter des europäischen Gedankens, unabhängig von ihrer Haltung gegenüber der EVG, werden sich wieder mit Fragen der Einigung Europas beschäftigen können. Machen wir uns jedoch keine Illusionen: Es wird noch andere Schwierigkeiten zu überwinden geben.

Auf eine Frage zur Haltung Frankreichs bezüglich Artikel 38 des EVG-Vertrags bezog sich Spaak auf seine Presseerklärung vom vergangenen Sonntag:

„Die Fünf haben Mendès-France mitgeteilt, dass sie keine Einwände gegen die Aussage des Ministerpräsidenten haben, er beabsichtige, die politische Einigung Europas zu bremsen; dagegen haben sie zu verstehen gegeben, dass sie nicht beabsichtigten, eine Erklärung in diese Richtung abzugeben.“

Abschließend wiederholte Spaak, dass er beabsichtige, dem außenpolitischen Ausschuss einen Text vorzulegen, der das Ausmaß der Zugeständnisse zeigen werde, die gegenüber Frankreich auf der Konferenz von Brüssel gemacht wurden.